

Staatlicher Rassismus

Die Basis für den Aufstieg und Erfolg der Nazis ist die tiefe soziale Krise und der zunehmende staatliche Rassismus.

Der staatliche Rassismus, der von allen etablierten Parteien in unterschiedlichen Nuancen betrieben wird, macht es den Faschisten einfacher, sich als konsequente Vollstrecker der geltenden Politik aufzuspielen. Nichtdeutsche werden durch das Ausländergesetz zu BürgerInnen zweiter Klasse gemacht. Letztendlich ist Rassismus in erster Linie eine systematische Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe. Das schürt rassistische oder religiöse Vorurteile; die Überfremdungspropaganda ("das Boot ist voll") schafft erst die Grundlage für Ausländerfeindlichkeit.

Wenn etablierte Politiker von „durchrasster Gesellschaft“ (Stoiber) sprechen oder davon, zwischen „Ausländern unterscheiden, die uns nützen und solchen, die uns nicht nützen“ (Beckstein), dann betätigen sie sich als Stichwortgeber für die Faschisten.

Sündenbock

Problematischer wird es dann, wenn die Propaganda der Herrschenden den ImmigrantInnen die Schuld zuweist um damit die nichtdeutschen als Sündenböcke für alle Probleme zu brandmarken. Wenn auch noch eine deutsche Leitkultur gefordert wird, dann wird eindeutig der rassistischen Propaganda der Faschisten Vorschub geleistet. Der Druck und die Diskriminierung von nichtdeutschen dient in erster Linie zur Herstellung einer besonders benachteiligten Schicht, die gefügig gemacht werden soll, um niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Diese profitorientierte Logik steckt auch hinter so manchen Reaktionen auf neonazistische Gewalttaten. Die Sorge gilt nämlich weniger den Menschen, die Opfer rechter Gewalt werden, sondern mehr dem befürchteten Imageschaden für den „Wirtschaftsstandort“ Deutschland.

Faschisten stoppen - aber wie?

Die Aufmärsche, Bedrohungen und Gewalt der Nazis gegen nichtdeutsche und linke AktivistInnen müssen verhindert werden! Das kann weder durch symbolische Kundgebungen oder „Multikultifeste“ abseits der Naziversammlungen noch durch vereinzelte Aktionen von mutigen EinzelantifaschistInnen geschehen, sondern durch Massenmobilisierung, die ihre Aufmärsche und sonstige Aktivitäten blockieren können. Es ist Aufgabe vor allem der Arbeitnehmerorganisationen wie Gewerkschaften, der Sozialbewegungen und der Partei Die Linke, gegen die Nazis zu mobilisieren. Wer sich auf die Polizei oder Justiz verlässt, der ist längst verlassen! Letztlich muss man aber auch die Ursache ihre Erstarkung - die rassistische Propaganda, die Politik des Sozialkahlschlags und Massenarbeitslosigkeit politisch bekämpfen. Die beste Waffe ist ein gemeinsamer Kampf von Deutschen und nichtdeutschen ArbeitnehmerInnen und Erwerblosen gegen Diskriminierung, Lohnraub und Sozialkürzungen. Der gemeinsame Widerstand macht erst allen deutlich: Dass die Grenzen nicht zwischen Nationalitäten, sondern zwischen den Klassen, zwischen arm und reich verlaufen!

Wahlerfolge der Nazi- und Rechtsextremen Parteien

Auf Wahlebene erzielten rechtsextreme Parteien wie Republikaner (1989 Westberlin: 7,5 Prozent; 1992 10,9 Prozent und 1996 9,1 Prozent in Baden-Württemberg) und DVU (1992 Schleswig-Holstein: 6,3 Prozent; 1998 Sachsen-Anhalt: 12,9 Prozent) einzelne Erfolge, konnten diese aber nicht auf Dauer halten.

Im Aufwind scheint die NPD zu sein (9,2% in Sachsen 2004; 7,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern 2006 und 4,0% im Saarland bei den letzten Landtagswahlen).

Die NPD versucht die Region Aachen zu einer ihrer Hochburgen in NRW auszubauen und will 2009 in alle Rathäuser der Region einziehen. Sie sitzt ja bereits in Stolberg in Fraktionsstärke im Rat.

NPD und andere wollen die demokratischen Rechte abschaffen und durch ein „Führersystem“ ersetzen. Deshalb darf man ihnen keine demokratischen Rechte zugestehen.

Die Nazis benutzen Ausländerfeindlichkeit, um zu spalten und von den realen Problemen abzulenken. Wir dürfen uns nicht spalten lassen! Im Höchsthfall sind die organisierten Nazis einige tausend, aber wir sind Millionen! Jugendliche ohne Perspektive, Beschäftigte, die um ihren Arbeitsplatz kämpfen müssen, Erwerbslose, die erniedrigt werden und für einen Euro arbeiten sollen.

Wir alle müssen uns den Nazis in den Weg stellen und wirkliche Alternativen aufzeigen und erkämpfen!

Debatte um NPD-Verbot lenkt ab

Die Diskussionen um ein neuerliches NPD-Verbot und die Verschärfung des Demonstrationsrechts tragen in keiner Weise dazu bei, die NPD zu schwächen, geschweige denn, sie zu zerschlagen. Es ist überhaupt gefährlich, sich in der Bekämpfung der Nazis auf den Staat zu verlassen. Denn er hat kein Interesse am vollständigen Trockenlegen des faschistischen Sumpfes. Bisherige Verbotverfahren haben immer den Nazis Gelegenheit zur Umgruppierung gelassen.

Das Verbot der Wiking Jugend und der FAP haben beispielweise nur zur Stärkung der JN (NPD-Jugendorganisation) geführt. In Belgien hat sich der VlaamsBlock direkt nach seinem Verbot in VlaamsBelang unbenannt und ist heute erfolgreicher als je zuvor.

Faschisten und Rechtsextreme sind den Herrschenden von Nutzen. In Krisenzeiten sollen sie helfen, die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse zu vertiefen. Indem deutsche und nichtdeutsche KollegInnen gegeneinander aufgehetzt werden, werden die Interessengegensätze zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen verschleiert. Dann sind Regierung und Kapital der lachende Dritte.

NPD hat keine Lösung - nur soziale Demagogie

Verstärkt versucht die NPD die soziale Frage propagandistisch aufzugreifen und sich als die einzige Oppositionskraft gegen die etablierten - oder „Systemparteien“ darzustellen. Sie präsentiert sich als Fürsprecher des kleinen Mannes, des einfachen Deutschen. „Großindustrie und ausländisches Kapital ‚Ali‘ oder ‚Mustafa‘, Drogensüchtige und Händler – sie alle haben bereits ihre Unterstützer im Parlament. Nur wir Deutschen haben niemanden mehr, dem wir vertrauen können.“, so Holger Appfel (stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD) auf einem Flugblatt der NPD.

Einige in der NPD, besonders die JN und Freien Kameradschaften hetzen verbal gegen das Großkapital und geben sich quasi als "Sozialrevolutionäre" aus. Ihre Praxis und ihre wahren Ziele sehen anders aus. Die NPD ist immer bemüht, die „normalen“ Deutschen ständig ständig hinters Licht zu führen, die Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer zu verschleiern und den Arbeitnehmern hier einzureden, sie hätten mehr Gemeinsamkeit mit den deutschen Unternehmern als ihre nichtdeutschen Arbeitskollegen. Sie ist nicht gegen das Kapital, sondern gegen das ausländische Kapital. Sie bekennt sich zum „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“ (Grundsatzprogramm der NPD). Dementsprechend meinen sie dann auch gleich: "Eine soziale Politik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Abdruck werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial." Desalb ist die NPD gegen Hartz IV, weil ihr die Einschnitte nicht weit genug gehen. Sie fordert Zwangsarbeit für Sozialleistungsempfänger. Besonders die Frauen will die NPD zurück an Heim und Herd zwingen. Es wird aber mit Formulierungen wie "Die Leistung der Hausfrau und Mutter neu würdigen... sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhalb arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet." verschleiert.

Das Problem an die Wurzel packen - Kapitalismus abschaffen

Die Politik der etablierten Parteien dient den Interessen der Konzerne. Für viele Arbeitnehmer sind Verarmung durch Hartz IV, Langzeitarbeitslosigkeit, Privatisierungen die Folgen. Für die da oben gibt es Steuergeschenke, für uns Lohnsenkungen, Kürzungen bei Bildung und Gesundheit.

Protestieren allein reicht nicht, man muss sich auch organisieren und für eine grundlegend andere Gesellschaft kämpfen – weltweit.

Die Ursache des Übels liegt im System! Im Kapitalismus zählt der Profit und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Die Alternative zu diesem mörderischen System ist Sozialismus.

Damit ist nicht das stalinistische und undemokratische System wie in der DDR gemeint. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie. Sozialismus basiert auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Die SAV ist Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI) mit Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten. Wir bieten allen, die Widerstand leisten wollen, an, sich der SAV anzuschließen, über die Alternative zu diskutieren und gemeinsam für eine sozialistische Welt zu kämpfen!

Unsere Forderungen:

- Nein zu Nazis und Rassisten!
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen!
- Uneingeschränktes Asylrecht für Flüchtlinge!
- Keine Räume und Plätze für Nazi-Propaganda!
- Massenmobilisierungen gegen Naziaufmärsche!
- Für die Zerschlagung aller faschistischer Parteien und Organisationen!
- Gleiche Rechte und Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen!
- Mindestlohn statt Hartz IV! Ausbildung und Arbeit statt Rente mit 67!
- Nein zu Massenentlassungen! Stattdessen Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Belegschaften und der Gesellschaft!
- Statt Produktion für den Profit, Planung der Produktion nach den den Bedürfnissen von Mensch und Natur!
- Sozialistische Demokratie statt Diktatur der Banken und Konzerne!



Nazi - „Prominenz“ in der Region Aachen / Düren

Willibert Kunkel

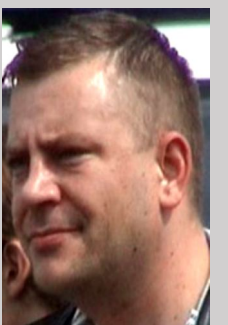
Kunkel, auch bekannt als der „Würger von Stolberg“, ist Vorsitzender der NPD im Kreis Aachen und seit 2004 auch Mitglied des Stolberger Stadtrates. In seinem Haus finden Kameradschaftsabende statt, wo die Nazis sich auch schonmal untereinander vermöbeln. Zuletzt am 31.08.2007 feierten bei ihm rund 50 Nazis, von denen möglicherweise einige in die Angriffe gegen Besucher eines Antifa-Konzertes verwickelt waren. An jenem Abend wurden mindestens 3 Jugendliche verletzt. Kunkel ist ausserdem Mitglied im erweiterten Landesvorstand der NPD und tritt oft als Anmelder von Infoständen, Kundgebungen und Demonstrationen auf.



Willibert Kunkel

Oliver Harf

„Ziehsohn“ Kunkels, ebenfalls (das zweite NPD-) Mitglied des Stolberger Stadtrates und Pressesprecher der NPD im Kreis Aachen. Ihn zielt ein sogenannter „Schmiss“ auf der Wange.



René Laube

Chef oder Vorsitzender der „Kameradschaft Aachener Land (KAL)“, auch genannt „Babyface“, ist auch stellvertretender Vorsitzender der Dürener NPD. Tritt gerne martialisch und uniformiert auf, ganz der „Herrenmensch“. Hat aber angeblich auch schon des öfteren so richtig eins auf die Fresse bekommen.

Ingo Haller

Im Sommer 2007 war Haller, der auch Kreisvorsitzender der NPD Düren ist, Bürgermeisterkandidat in Aldenhoven. Neben Willibert Kunkel (Stolberg) wohl einer der einflussreicheren Neonazis in der Region. War auch schon Landtags-, sowie Bundestagskandidat der NPD. Seine Werbe-Homepage ist inzwischen abgeschaltet, Fotos von ihm nicht im Internet zu finden. Das werden wir aber ändern.



Gruppen und Organisationen

KAL: Die Kameradschaft Aachener Land treibt vor allem ihr Unwesen in der Dürener Region, aber auch als Saalschutz bei NPD-Veranstaltungen und Infoständen in der gesamten Region. Sie besteht aus 30-40 zum Teil gewaltbereiten Rechtsextremisten und sehen sich in der Tradition von SA und SS. In der Region um Monschau existiert angeblich auch eine KAL-SN (Sektion Nordeifel).

SBA: Sturmbund Aachen. Nach eigenen Angaben (unbestätigt) eine Gruppe „von rund 14“ Leuten in der Stadt Aachen. Der SBA trifft sich angeblich regelmässig in einer Kneipe im Aachener Ostviertel.

NWH: Nationaler Widerstand Herzogenrath, ebenso eine Gruppe nach dem Muster der „Freien Kameradschaften“. Bisher aufgefallen vor allem durch Aufkleber-Aktionen.

NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, gegründet 1964 in der Tradition von Hitlers Nazi-Partei. Tritt mal bürgerlicher, dann wieder sehr radikal auf. Die NPD arbeitet eng mit den „Freien Kameradschaften“ zusammen. Vertreten im Stolberger Stadtrat mit 2 Mandatsträgern.

DVU: Deutsche Volksunion, Partei des Münchener Verlegers und Millionärs Gerhard Frey. Gegenüber der NPD deutlich kleiner und angestaubter, rekrutiert sie eher die zurückhaltenden Schichten und Altnazis. Macht taktische Absprachen mit der NPD (sog. „Volksfront von rechts“). Ebenfalls mit einer Person im Stolberger Stadtrat vertreten.

Freie Kameradschaften: Mitte der neunziger Jahre von Thomas „Steiner“ Wulff entwickelte Taktik von teils gewaltbereiten Neonazis, denen offizielle Parteistrukturen zu „bürgerlich“ sind. Diese Gruppen existieren in vielen Teilen der Republik.

Ihre Grösse schwankt zwischen 3 (Null?) und 20 oder mehr Mitgliedern. Sie organisieren sich teils in Zellen, horten Waffen, verüben Anschläge und Gewaltverbrechen, oder stellen den Saalschutz bei Veranstaltungen.

Zahlenzeichen

(Zahlen-)codes spielen in der rechten Szene eine wichtige Rolle. Die jeweiligen Zahlen stehen für die Buchstaben im Alphabet. Ein paar Beispiele:

- 18 = AH = Adolf Hitler
- 28 = BH = Blood & Honour
- 88 = HH = Heil Hitler
- 444 = DDD = Deutschland den Deutschen
- 1919 = SS
- C(ombat) 18 = Kampftruppe Adolf Hitler

Nazis an deiner Schule? Nazis in deiner Nachbarschaft, deinem Betrieb? Ruf an!

Tel.: SAV-Büro 0241 - 5153177, oder Tel. Nr. 0241 - 30059)



www.socialistworld.net



www.sozialismus.info

SAV Aachen - Eifelstr. 13 - 52068 Aachen
Tel.: 0241-57 55 177 - aachen@sav-online.de

Jetzt aktiv werden!

Ich will:

- weitere Informationen über die SAV
- Mitglied werden
- in den Infoverteiler (E-Mail-Adresse weiter unten)
- Zur Verhinderung von Nazi-Aktionen (Infotische, Demos, etc.) mobilisiert werden
- die Zeitung der SAV „Solidarität - Sozialistische Zeitung“ abonnieren

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Tel:

E-Mail:

Am SAV-Infostand abgeben oder Einschicken an:

SAV - Sozialistische Alternative
Eifelstr. 13
52078 Aachen

STOPPT NAZIS UND RASSISTEN KEINEN FUßBREIT DEN MÖRDERBANDEN!



Nazis und Rassisten sind wieder auf dem Vormarsch und verbreiten Angst und Schrecken, in erster Linie gegen ImmigrantInnen und Linke. Öffentliche Menschenjagd gegen Ausländer - wie zuletzt in Mügeln gegen 8 Inder - stehen wieder auf der Tagesordnung nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Laut offiziellen Zahlen gingen 2006 über 900 Körperverletzungen auf das Konto von Nazis. Mehr als 100 Menschen sind von ihnen seit 1990 in Deutschland umgebracht worden.

Auch in der Region Aachen/Düren reissen ihre Übergriffe an ImmigrantInnen und Linke nicht ab. Getreu ihrem Motto: "Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente, Kampf um die Strasse", versuchen sie durch Aufmärsche, wie in Düren am 22. September 07 oder durch Konzerte und Infostände ihre öffentliche Präsenz zu steigern und die Gegner einzuschüchtern. Das sollten wir mit aller Kraft verhindern!